

Gemeindeverwaltung

Bericht von der Einwohnerversammlung am 4. Dezember 2017

TOP 1 - Begrüßung und Eröffnung

Bürgermeister Holger Haist eröffnete die Einwohnerversammlung und begrüßte - auch im Namen des Gemeinderats - alle anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse in der gut besuchten Käsberghalle. Ein Teil seiner Ausführungen ist im Folgenden im Original kursiv wiedergegeben.

„Der Abend ist für Sie gedacht liebe Einwohnerinnen und Einwohner von Mundelsheim. Unsere Absicht ist, Sie über besonders bedeutsame Themen unsere Gemeinde und die Einwohner betreffend aus erster Hand zu informieren. Ebenso wichtig ist uns, Ihnen Gelegenheit zu geben, dazu Fragen zu stellen und Anmerkungen zu machen.

Erstes Hauptthema ist dabei „Flüchtlinge und deren Unterbringung“, ein Thema das seit Jahren und immer mehr nicht nur ganz Deutschland beschäftigt, sondern auch unsere Gemeinde. Eine sehr komplexe Aufgabe und Herausforderung, die wir so noch nie hatten.

Das zweite Hauptthema ist ein Neubaugebiet für Mundelsheim, konkret das Neubaugebiet Seelhofen IV mit dem Flä-

chennutzungsplan als Grundlage. Das ist etwas, das in Mundelsheim alle ca. 15 – 20 Jahre vorkommt.

Zu den jeweiligen Themen haben wir Fachleute eingeladen, die ich dann jeweils vorstellen werde. Beim letzten Punkt „Einwohnerfragen“ können Sie sonstige Themen ansprechen.

Wir danken Ihnen für Ihr Kommen und Ihr Interesse. So beginnen wir nun mit dem ersten Thema. Es geht um Flüchtlinge und deren Unterbringung.“

Bürgermeister Haist begrüßte dazu vom Landratsamt Ludwigsburg Herrn Schliereke, den Leiter des Fachbereichs Asylbewerber und Aussiedler, und vom Architekturbüro Ludwig + Ulmer aus Murr den Architekten Herr Ulmer mit seiner Mitarbeiterin, Architektin Frau Maier.

TOP 2 – Flüchtlinge und deren Unterbringung

Herr Schliereke begann seinen Vortrag mit der Vorstellung der Situation im Landkreis Ludwigsburg im Allgemeinen und welche Konsequenzen sich für Mundelsheim daraus ergeben. So gab es 2008 die ersten Asylbewerber im Landkreis (51 Personen). Der Höhepunkt sei 2015 mit 3.781 neuen Asylbewerbern erreicht worden. In diesem Jahr (2017) werde man etwa 1800 Asylbewerber hinzubekommen. Dies sei im Vergleich zu 2015 zwar nur etwa die Hälfte, aber dennoch eine hohe Zahl. Bundesweit betrachtet rechne man mit etwa 160.000 neuen Asylbewerbern. Für 2019 könne man noch keine belastbaren Zahlen nennen.

Herr Schliereke stellte weiter die Stationen eines Asylbewerbers vor, von der Erstaufnahme in einer Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA), über die vorläufige Unterbringung bei den 44 Land- und Stadtkreisen, wo die Asylbewerber bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens, jedoch höchstens 24 Monate, verbringen. Anschließend erfolge im Landkreis die Anschlussunterbringung in den 39 Städten und Gemeinden für nicht absehbare Zeit.

Herr Schliereke gab anschließend einen Überblick über die Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung im Landkreis. Diese reichen von Wohnungen für 4-5 Personen bis hin zur größten Einrichtung im Landkreis in Bietigheim-Bissingen mit aktuell 360 Personen.

Es folgte eine Übersicht über die Anschlussunterbringung in den Kreiskommunen des Landkreises. 2014 waren es demnach 329 Flüchtlinge, 2015 bereits 877. In diesem Jahr plane man mit 1800 Flüchtlingen. Die Spitze von 2015 in der vorläufigen Unterbringung treffe nun zeitverzögert auf die Städte und Gemeinden. Für 2018 seien 2.400 Flüchtlinge prognostiziert, für 2019 1.800.

Herr Schliereke stellte dazu die Zahlen für Mundelsheim vor. Die ersten 12 Flüchtlinge kamen 2015 nach Mundelsheim. Im Folgejahr kamen weitere 17 Flüchtlinge hinzu, in diesem Jahr weitere 21. Die Prognose für 2018 gehe von 25 Flüchtlingen aus. Für 2019 könne man noch keine Zahlen voraussagen, es sei aber von weiteren 10-15 Personen auszugehen. Und sicher werde die Zahl im Jahr 2020 nicht auf null zurückgehen, sondern es sei mit weiteren 5-6 Personen zu rechnen.

Herr Schliereke berichtete anschließend über die Flüchtlingssozialarbeit. Hierbei sei die Aufteilung 1/3 freie Träger, 2/3 Landratsamt. In Mundelsheim sei die Caritas zuständig. Er begrüßte dazu die beiden Mitarbeiterinnen Frau Miller und Frau Mjagceev, die im Publikum anwesend waren. Er nannte Pflichten und Aufgaben der Sozialarbeiter und verwies dabei auch auf die Zusammenarbeit mit den Arbeitskreisen Asyl und dabei auch auf den Mundelsheimer Freundeskreis Asyl, der sehr aktiv sei.

Er stellte weiter die Aufgaben der so genannten Integrationsmanager vor, die ab 01.01.2018 ihre Arbeit aufnehmen

werden. Hierbei handle es sich um Fördermittel des Landes und um einen Teil des „Paktes für Integration“. Damit sei es künftig möglich, die Betreuung der Flüchtlinge noch einzelfallbezogener durchzuführen als bisher. Aktuell betrage der Betreuungsschlüssel 1:150; dieser werde sich auf 1:90 bzw. 1:80 verringern. Ziel sei es, die Flüchtlinge in der Wohnortgemeinde zu integrieren und die Kontakte mit den örtlichen Ämtern, Vereinen usw. zu stärken, um so den Flüchtlingen eine möglichst selbstständige Lebensführung zu ermöglichen und sie in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Der Integrationsmanager berate die Flüchtlinge aufsuchend und biete daneben wöchentliche Sprechstunden an.

Bürgermeister Haist dankte Herrn Schliereke für seine Ausführungen und fügte dazu an:

„Es geht heute Abend nicht um eine politische Diskussion oder Bewertung. Und nicht um die Frage der Hilfsbereitschaft. Es geht darum, dass wir als Gemeinde Mundelsheim immer mehr Flüchtlinge unterbringen müssen, unabhängig davon ob wir wollen oder nicht. Das stellt uns personell, finanziell und mit allen sozialen Komponenten vor sehr große Herausforderungen. Genauso wie den Landkreis Ludwigsburg, der auch nicht gefragt wird, sondern, so wie wir, umsetzen muss, was Bund und Land vorgeben und zu verantworten haben.“

Daher herzlichen Dank dafür, dass Sie Herr Schliereke und Ihr Team, dass das Landratsamt Ludwigsburg unter Leitung von Landrat Dr. Rainer Haas Verständnis haben für uns Gemeinden. Und dafür, dass Sie uns, so gut es eben geht, unterstützen.“

Ein herzliches Dankeschön an der Stelle auch den vielen Mitgliedern des Mundelsheimer Freundeskreises Asyl. Sie leisten wichtige Beiträge im sozialen Bereich und weit darüber hinaus, die wir als Gemeinde alleine schon mangels Personal gar nicht leisten können.

Also: Wir müssen Unterkünfte schaffen für so viele Flüchtlinge wie uns zugewiesen werden. Bisher haben wir es in Mundelsheim ganz gut hinbekommen durch den Ankauf von alten Häusern und deren Sanierung. Konkret die Häuser in der Rathausgasse, in der Hessigheimer Straße und in der Schulgasse. Schon länger als Flüchtlingsunterkunft genutzt wird das Schloßle.

So können wir bis einschließlich 2017 fast ausreichend Unterkünfte bereitstellen. Auch dank der Anmietung eines privaten Wohnhauses in der Hessigheimer Straße. Doch wie geht es ab 2018 weiter? Wir haben die Zahlen gehört. Für 2018 reden wir von mindestens 30 zusätzlichen Plätzen, die wir brauchen. 2019 kommen sicher weitere dazu.

Stehen uns weitere Häuser zur Verfügung? Eher nicht. Zumindest nicht ausreichend. Wird uns leer stehender Wohnraum angeboten? Dann bitte melden Sie sich! Wir müssen davon ausgehen, dass selbst wenn sich hier Möglichkeiten auftun, sie bei weitem nicht ausreichen werden. Daher müssen wir notgedrungen eine „große“ Lösung für 2018 und die Folgejahre finden und schaffen. Für den Gemeinderat heißt diese Lösung: Mobile Wohneinheiten.

Der Gemeinderat hat sich zusammen mit dem Büro Ludwig + Ulmer aus Murr Gedanken gemacht, wo und wie mobile Wohneinheiten geschaffen werden können. Wir haben ganz Mundelsheim betrachtet und dabei viele Grundstücke angeschaut und auch wieder verworfen, weil sie zu klein sind, nicht zur Verfügung stehen oder aus anderen Gründen ausscheiden.

Drei Flächen sind übrig geblieben: Diese stellen wir Ihnen heute ergebnisoffen vor. Die Zeit drängt. Denn wenn die Flüchtlinge 2018 kommen, müssen die Unterkünfte bereitstehen. Deshalb soll in der nächsten Gemeinderatssitzung



am 14.12. darüber entschieden werden. Parallel dazu werden derzeit noch baurechtliche Fragen mit dem Landratsamt als Baurechtsbehörde geklärt.“

Bürgermeister Haist bat daraufhin Herrn Ulmer und Frau Maier um ihre Erläuterungen.

Herr Ulmer stellte kurz das Vorgehen vor. Es wurde der benötigte Flächenbedarf geprüft und welcher Standort geeignet sei sowie die Anzahl der damit geschaffenen Wohnplätze für Flüchtlinge ermittelt.

Frau Maier berichtete, es werde in Modulbauweise gearbeitet. Eine Wohneinheit bestünde dabei aus 4 Containern (3 Schlafcontainer + 1 Container mit Küche, Bad und Toilette). Bei einem Schlafcontainer werde von einer Belegung mit idealerweise 2 Personen ausgegangen. Zusätzlich könne ein Schlafcontainer mit 4 Betten, die beiden anderen mit jeweils drei Betten ausgestattet werden. Eine solche Wohneinheit bringe demnach Platz für 6 bis 10 Personen. Die Wohnfläche betrage insgesamt 64 qm (Wohn- und Schlafräumfläche 50,3 qm), somit stünden (bei einer Belegung von 8 Personen) jedem Bewohner 8 qm (Wohn- und Schlafräumfläche 6,29 qm) zur Verfügung. Aufgrund der vorgelegten Zahlen sei sie bei ihrer Berechnung von einem Platzbedarf von 40 Personen ausgegangen. Demnach werden 5 Wohneinheiten benötigt. Dies ergebe mit einem zusätzlichen Container als Funktionsraum für die Anlage insgesamt einen Bedarf an 21 Containern.

Anschließend stellte Frau Maier ihre Analyse der drei Standorte vor. Es handelt sich zum einen um den „**Alten Bauhof**“. Vorteil hier sei die gute soziale Kontrolle, die Flüchtlinge befänden sich in der Nähe vorhandener Bebauung. Es bestünde Potential zur Integration, es sei ein direkter Kontakt zum Bürger möglich. Die Erschließung des Grundstücks sei gut möglich, auch bestünde eine gute Anbindung an den ÖPNV. Hierbei handle es sich um derzeit ungenutztes Areal, es müsste somit keine Fläche umgewidmet werden. Die kleine Grundstücksgröße sieht Herr Ulmer als Nachteil. Eine mögliche Erweiterung sei hier nicht möglich, auch nicht als 2-geschossiger Ausbau. Der Standort biete keinen Platz für die dann benötigten 2 Treppenhäuser mit Laubengang. Der Platz sei mit 40 Personen ausgereizt. Zudem müssten drei vorhandene Garagen entfernt werden.

Frau Maier ging auf den weiteren Standort „**Hartplatz**“ (neben dem Bauhof) ein. Auch hier seien die gute soziale Kontrolle und das Potential zur Integration mit einem direkten Kontakt zum Bürger als Standortvorteile zu nennen. Die Erschließung des Grundstücks sei ebenfalls gut möglich und auch hier bestünde eine gute Anbindung an den ÖPNV. Die Grundstücksgröße sei ein weiterer Vorteil. Die Anlage könne jederzeit mit weiteren Einheiten erweitert werden. Der befestigte Untergrund sowie die Außenanlagen mit Zaun stellten sich ebenfalls als Vorteile heraus. Zwar sei die Änderung des Bebauungsplanes erforderlich, dies aber erst in drei Jahren. Die Nähe zu den Sportstätten und der Kläranlage wurden wegen möglicher Lärm- und Geruchsbelästigung als Standortnachteile herausgearbeitet.

Frau Maier stellte abschließend ihre Analyse des Standorts „**Hinter der Kläranlage**“ vor. Hier gebe es aufgrund der Entfernung zum Ort keine soziale Kontrolle und geringes Potential zur Integration. Die Erschließung des Grundstücks erweise sich als umfangreich und teuer. Es sei der (Aus-)bau einer Straße sowie die Einrichtung einer Straßenbeleuchtung erforderlich. Weiter sei die Nähe zur Kläranlage wegen möglicher Geruchsbelästigung ein Nachteil für diesen Standort. Auch trage der Standort in der Hochwasserkarte den Status „HQ Extrem“. Dieses Thema und ein laufender Pachtvertrag müssten noch geklärt werden. Als Standortvorteil werden das große Grundstück und die damit verbundenen Erweiterungsmöglichkeiten gesehen.

Herr Ulmer stellte seine Kostenschätzung für die drei analysierten Standorte vor. Es sei demnach mit Kosten in Höhe von 621.299 € (brutto) für den „Alten Bauhof“, für den „Hartplatz“ in Höhe von 531.662 € (brutto) und für den Standort „Hinter der Kläranlage“ mit 656.880 € (brutto) zu rechnen.

Die Unterschiede bei den Kosten resultieren laut Herrn Ulmer hauptsächlich daher, dass der Hartplatz bereits erschlossen sei, bei den beiden anderen Standorten erst Fundamente (hinter der Kläranlage ggf. sogar erhöht) errichtet werden müssen.

Bürgermeister Haist dankte Herrn Ulmer und Frau Maier für ihre Ausführungen. Es gehe hier um die Vorstellung der Varianten, entscheiden müsse der Gemeinderat. Er betonte aber, dass bereits für 2018 ausreichend Plätze geschaffen werden müssen.

Bürgermeister Haist eröffnete sodann die erste Fragerunde.

Ein Anwohner aus der Neuweilerstraße wollte wissen, wieso man den Hartplatz, dessen Errichtung einmal viel Geld gekostet hätte, nun für den Bau mobiler Wohneinheiten quasi wieder abreißen werde. Herr Ulmer merkte dazu an, dass der Bodenbelag erhalten bleibe, hier lediglich eine Schotter- oder Filtervlies aufgebracht werde, die später wieder entfernt werden könne. Auch seien keine Grabarbeiten auf dem Hartplatz notwendig. Der Kanal werde rechts und links davon im Grünstreifen verlegt. Zudem sei der Platz recht alt, inzwischen abgeschrieben und stünde in absehbarer Zeit zur Sanierung an.

Ein Anwohner aus dem Hartweg wollte wissen, ob auch die Möglichkeit einer Folgenutzung der mobilen Wohneinheiten geprüft wurde. Bürgermeister Haist fügte dazu an, dass sich der Gemeinderat diese Frage gestellt und auch das Kosten-/Nutzenverhältnis geprüft habe. Meist handle es sich bei einer Folgenutzung um Sozialwohnungen, die in Mundelsheim nicht ausreichend nachgefragt werden bzw. nach Mundelsheim eher weniger passen.

Ein Anwohner aus der Rozenbergstraße merkte an, dass bei den Zahlen nie von Rückführung gesprochen werde. Gehen die Behörden noch davon aus, dass die Flüchtlinge in ihre Heimatländer zurückkehren? Herr Schliereke beantwortete dies so, dass von einer Anerkennungsquote von 60 % auszugehen sei. Diese Flüchtlinge werden mittel- bis langfristig in Deutschland bleiben. Das Landratsamt Ludwigsburg verfüge über eine eigene Rückkehrberatung. Er könne berichten, dass mit deren Unterstützung 2016 700 Flüchtlinge aus Deutschland ausgereist seien. Weitere belastbare Zahlen könne er dazu aber nicht liefern. Er gehe aber davon aus, dass 2/3 bis 3/4 aller Flüchtlinge in Deutschland bleiben werden.

Eine Anwohnerin aus dem Hartweg fragte nach, mit welcher Verbleibdauer gerechnet werde. Weiter merkte sie an, dass sie den Standort „Hinter der Kläranlage“ für eine wenig lebenswerte Umgebung halte. Herr Schliereke merkte daraufhin an, dass die Aufenthaltsdauer in der Anschlussunterbringung sehr unterschiedlich sei. Es gebe Flüchtlinge, die lernten sehr schnell deutsch und integrierten sich und fänden auch schnell eine eigene Wohnung. Aber gerade hier im Ballungszentrum sei es schwierig, Wohnraum zu finden. Dies gelte erschwerend auch für Flüchtlinge. Bürgermeister Haist fügte hinzu, dass von einer Dauer von mindestens 5 Jahren ausgegangen werden müsse.

Ein Anwohner aus der Urbanstraße wollte wissen, welche Auswirkungen die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften auf die Sanierungsvorhaben der Gemeinde habe. Darauf erwiderte Bürgermeister Haist, dass das Geld, das für Flüchtlinge ausgegeben werden muss, für anderes somit nicht zur Verfügung stehe. Auch in Mundelsheim könne man jeden Euro nur einmal ausgeben.

Ein Anwohner aus der Blumenstraße hält den Standort „Alter Bauhof“ aufgrund seiner Nähe zum Freibad und den Sportstätten nur für Familien für ideal. Männer-WGs hält er dort für problematisch. Bürgermeister Haist merkte dazu an, dass man sich dazu bereits Gedanken gemacht habe und auch der Meinung sei, Familien passen grundsätzlich besser nach Mundelsheim. Dies sei so mit dem Landratsamt bereits kommuniziert. Herr Schliereke fügte hinzu, dass der Großteil der Flüchtlinge alleinstehende Männer seien. Das Landratsamt werde – soweit als möglich – Belegungswünsche der Kommunen berücksichtigen. Das Landratsamt habe gute Erfahrungen mit Mischbelegungen gemacht. Er verweist auf die Unterkunft in Besigheim, die sich bekanntermaßen auch in der Nähe des Freibads befindet. Dort habe es zwar Vorfälle gegeben, aber im Übrigen keine großen Probleme. Frau Miller und Frau Mjagceev von der Caritas können dies so auch bestätigen.

Ein Anwohner aus der Gartenstraße möchte wissen, ob die Flüchtlinge in Mundelsheim sich selbst überlassen oder ob hierfür künftig Wachmannschaften benötigt werden. Bürgermeister Haist merkte dazu an, dass alle hoffen, dass sich die Flüchtlinge anständig verhalten, garantieren könne man das natürlich nicht.

Ein Anwohner aus der Kappelstraße ist gegen eine Flüchtlingsunterkunft in der Nähe von Freizeiteinrichtungen, Schule, Kindergärten. Er fordert die Gemeinde auf, das Gebiet „Krautgärten“ als möglichen Standort zu prüfen.

Daraufhin schloss Bürgermeister Haist die Fragerunde ab und verabschiedete sich von den Herren Schliereke und Ulmer sowie von Frau Maier.